

+ 37

Petra Merz
Die Mitte/EVP
Egelseestrasse 6
8570 Weinfelden

Partick Siegenthaler
Die Mitte/EVP
Steckbornerstrasse 28a
8535 Herdern

EINGANG GR 3. Mai 2023		
GRG Nr.	2011044	500

Motion

«Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit»

Der Regierungsrat wird **beauftragt**, gemäss Art. 160 Abs.1 der Bundesverfassung folgende Thurgauer Standesinitiative einzureichen:

Der Bund wird aufgefordert, einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung auszuarbeiten für die Einführung einer nationalen Elternzeit, die folgende Bedingungen erfüllt:

1. Die Elternzeit beträgt insgesamt mindestens 20 Wochen.
2. Der fixe Anteil der Mutter darf nicht kürzer sein als die aktuellen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub.
3. Der fixe Anteil des Vaters soll mindestens 15 Prozent der gesamten Elternzeit betragen.
4. Beide Elternteile sollen die restlichen Anteile der Elternzeit flexibel beziehen können.

Begründung

Eine nationale Elternzeit mit flexibler Aufteilung und flexiblem Bezug ist elementar für die Gleichstellung von Mann und Frau, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, wirkt sich positiv auf die Entwicklung des Kindes aus und ist gleichzeitig volkswirtschaftlich sinnvoll. Die wachsende Vielfalt an Familienmodellen, Lebensformen und Vorstellungen zur Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit steht in der Schweiz einem nicht mehr zeitgemässen System gegenüber, das auf Rahmenbedingungen des letzten Jahrhunderts basiert. Ein vierzehnwöchiger Mutterschaftsurlaub und ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub entsprechen nicht dem heutigen Verständnis von Chancengleichheit. Dies zementiert alte Rollenbilder. Eltern sollen individuelle Gestaltungsmöglichkeiten offen stehen, wenn es um den Start ins Leben mit einem neuen Familienmitglied geht. Beide Elternteile sollen sowohl die Möglichkeit haben, bei der Erziehung ihres Kindes mitzuwirken, als auch nach der Geburt eines Kindes möglichst einfach wieder in den Beruf einsteigen zu können.

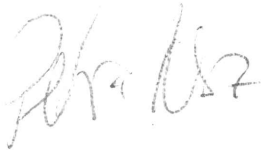
Das Verhältnis vom Mutter- zum Vaterschaftsurlaub steht in einem Ungleichgewicht: 87.5 Prozent ist für die Mutter und 12.5 Prozent für den Vater vorgesehen. Diese Aufteilung kann einen langfristigen Einfluss auf die künftige Aufteilung von Haus-, Familien- und Erwerbsarbeit innerhalb der Familie haben sowie einer der Gründe für die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen darstellen. Durch die Einführung einer angemessenen Elternzeit kann die Erwerbsquote von Frauen gesteigert und die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Einstellungs- und Beförderungentscheidungen, verringert werden. Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt verbessert ihre finanzielle Unabhängigkeit und Rentenleistungen und ist zudem eine gute Massnahme gegen den wachsenden Fachkräftemangel in der Schweiz. Derzeit bleibt ein grosses Potenzial ungenutzt, weil notwendige Reformen u.A. beim Thema Elternzeit blockiert sind. Die Nichterwerbstätigkeit von teuer ausgebildeten Fachkräften stellt einen volkswirtschaftlichen Verlust dar. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern ist auch ein nachhaltiges Mittel, um die Wirtschaft mit Fachkräften zu stärken.

Die Schweiz hinkt betreffend Elternzeit im internationalen Vergleich hinterher. Eltern stehen in unseren Nachbarländern und anderen europäischen Staaten nach der Geburt eines Kindes mehr bezahlte Zeit zur Verfügung. Will die Schweiz international mithalten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken, dann muss sie in eine moderne Familienpolitik investieren. Die Elternzeit hat in der Schweiz bislang aber einen schweren Stand. Zahlreiche Vorstösse sind im Parlament oder auf kantonaler Ebene gescheitert. Was die bisherigen Vorschläge gemeinsam haben: Sie fordern konkrete Wochenvorgaben, welche einen meist extremen Ausbau der Elternzeit bedeuten würden. So hat beispielsweise auch die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) kürzlich eine Elternzeit von 38 Wochen gefordert. Dies würde mehr als eine Verdopplung der aktuellen 16 Wochen für Mutter- und Vaterschaftsurlaub bedeuten. Wenig überraschend zeigten sich Wirtschaftskreise kritisch gegenüber dem Vorschlag; er sei aufgebläht und zu teuer.

Es ist Zeit für eine mehrheitsfähige nationale Lösung. Damit die Elternzeit eine Mehrheit findet, braucht es eine gesamtschweizerische Lösung, die finanzierbar und pragmatisch ist und von der Wirtschaft getragen wird. Mit dieser Standesinitiative soll das nationale Parlament dazu aufgefordert werden, sich diesem wichtigen Thema zu widmen. Es sollen verschiedene Lösungen einer Elternzeit in Bezug auf ihre Chancen und Machbarkeit (Kosten, Auswirkungen auf Unternehmen etc.) geprüft werden, um schliesslich die beste – und vor allem auch mehrheitsfähige – Lösung weiter in den politischen Prozess zu bringen.

Frauenfeld, 03.05.2023

Petra Merz



Patrick Siegenthaler



Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Motion von Petra Merz-Helg und Patrick Siegenthaler «Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit»

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Cecilia Paschi		26 Vorantzen Isabelle	
2 Schildknecht Bero		27 Züegg Jost	
3 Marolf Jürg		28 Merz Felix	
4 Imhof Kilian		29 Müller Elina	
5 Dählener Barbara		30 Oliver Jacob	
6 PETER V. SABINA		31 Schallenberg Ina	
7 Pidewal Eissell		32 Birk Markus	
8 Stige Roger		33 Wolffenderle Ina	
9 Vietz Niklaus		34 Nafziger Martin	
10 Christian Strocker		35 Hess Linda	
11 Fossi Christina		36 Schaffli Nina	
12 Schäfer Jörin		37 Burgmann Damaris	
13 Heeb Marianne		38	
14 Pagnocini Christian		39	
15 Zeitner Nicole		40	
16 Fisch Ueli		41	
17 Leuthold Stefan		42	
18 Binhard Ruedi		43	
19 Müller Patrick		44	
20 Weidenmann Simon		45	
21 Didi Feuerle		46	
22 Matthias Kreis		47	
23 Drauer Bernad		48	
24 Vogel Simon		49	
25 Hänhart Erika		50	

Name / Vorname	Unterschrift	Name / Vorname	Unterschrift
----------------	--------------	----------------	--------------